bauart

Sonntags Zeitung
08.05.2005

Waldgesetz: Streit um Kahlschlag

Industrie will Wälder profitabler bewirtschaften – Umweltschützer befürchten zu starke Eingriffe

VON PETRA WESSALOWSKI

BERN In den nächsten Wochen will der Bundesrat das neue Waldgesetz in die Vernehmlassung schicken. Umweltorganisationen wie der World Wide Fund of Nature (WWF) sind bereits heute besorgt: Gemäss neuem Gesetz sollen in Wäldern Flächen von bis zu zwei Hektaren kahl geschlagen werden können. Zurzeit ist dies verboten, die Kantone können aber Sonderbewilligungen erteilen. Für Damian Oettli, Projektleiter Wald beim WWF, ist klar: Der Bund stand unter dem Druck, den Waldbesitzern ein gutes Angebot zu machen.

Frank Kessler, Geschäftsführer des Schweizerischen Forstvereins, bestätigt: «Wir erwarten eine grosszügige Lockerung.» Der Druck auf den Wald nehme zu, es sollen verschiedene intensive Nutzungen möglich sein. «Das Familiensilber muss man in schlechten Zeiten verscherbeln.» Die Schweizer Waldbesitzer machen momentan keinen Profit. Sie lösen europaweit die tiefsten Preise; gleichzeitig kostet das Abholzen doppelt so viel wie in ähnlich strukturierten Ländern. Von den zehn Millionen Kubikmeter Holz, die jährlich abgeholzt werden könnten, bleiben drei Millionen Kubikmeter stehen. «Die Wälder überaltern», sagte Max Binder, Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizer Waldwirtschaftsverbands, letzte Woche im «Schweizer Bauer». Sechs Prozent aller Bäume sind älter als 180 Jahre.

Der Blick nach Österreich zeigt, welches Potenzial im Alpenwald steckt, wenn man ihn kostengünstig bewirtschaftet. Im Nachbarland steht die Holzindustrie nach dem Tourismus an zweiter Stelle. Gleich zwei österreichische Gross-Sägereien drängen in die Schweiz: Stallinger (in Untervaz GR) und Kogler (in Luterbach SO). Mit einer gelockerten Kahlschlagregelung könnten die Kosten hier zu Lande gesenkt werden. Wenn auf zwei Hektaren Fläche jeder Baum geschlagen werden kann, ist dies für den Waldbesitzer rationeller, als wenn er nur einzelne Bäume entfernen darf. Die freie Fläche gilt weiterhin als Wald, und die Bäume sollen nachwachsen.

Seit 1876 gilt der Schweizer Wald als «unantastbar». Das soll sich ändern

Christoph Wiedmer, Waldkampagnenleiter bei Greenpeace, befürchtet, das Waldbild könnte sich durch solche Eingriffe völlig verändern. Die natürliche Artenvielfalt werde gestört, die Aufteilung vorangetrieben: weg vom Multifunktionswald, der Schutz, Erholung und Feuerholz bietet – hin zu Holzplantagen, Freizeitparks und Reservaten. Die intensivere Nutzung des Waldes bedeutet für die Umweltverbände eine Abkehr von einer historischen Tradition. Die Schweiz schrieb 1876 Umweltgeschichte, als sie im Forstpolizeigesetz den Wald für unantastbar erklärte. Die Waldwirtschaft will dieses Prinzip diskutieren. «Nicht jeder umgeschlagene Baum muss durch einen neuen ersetzt werden», fordert Frank Kessler vom Forstverein. Andere ökologische Massnahmen seien oft sinnvoller.

Für Richard Stocker, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Naturgemässe Waldwirtschaft, belegen solche Aussagen die Begehrlichkeiten der Waldbesitzer. «Bis jetzt ist der Wald der Spekulation entzogen.» Dass der Wald auch als Wohnraum kein Tabu mehr ist, zeigt ein Projekt der renommierten Berner Bauart-Architekten. Die Planer würden zwischen dem Berner Länggassquartier und der Autobahn gern Platz schaffen für 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mitten im «Bremer Wald».

© Copyright des Presseausschnittes liegt beim entsprechenden Verlag